

Quelle:	Hilpoltsteiner Kurier vom 24.05.2025, S. 23 (Tageszeitung / täglich außer Sonntag, Hilpoltstein)				
Auflage:	2.680	Reichweite:	6.244	Ressort:	Lokales
		Autor:	Corinna Anton	Quellrubrik:	Hilpoltsteiner Kurier



Auf dem Podium diskutieren Thomas Förster vom Hotel- und Gaststättenverband, Thomas Krüger von der Firma Speck-Pumpen, Bürgermeisterin Susanne König und Landrat Ben Schwarz mit Moderator Robert Schmidt von der IHK (von links).
Foto: Corinna Anton

Auf der Suche nach Aufbruch

IHK-Empfang: Vertreter aus Wirtschaft und Politik diskutieren über Bürokratie und Innovationen

Von Corinna Anton

Roth – Besser als in vielen anderen Regionen in Deutschland geht es der Wirtschaft im Landkreis Roth. Darin waren sich Veranstalter und Gäste beim Jahresempfang der Industrie- und Handelskammer (IHK) im Landkreis einig. Ebenso einig waren sich die Vertreter aus Unternehmen und Kommunalpolitik aber auch, das dringender Handlungsbedarf besteht: Bürokratie müsse abgebaut werden um den Weg freizumachen für Innovationen und Investitionen, so der Tenor.

180 Gäste waren der Einladung ins Schloss Ratibor gefolgt, wo der Vizepräsident der IHK Nürnberg und Vorsitzende des IHK-Gremiums im Landkreis, Joachim von Schlenk, in seiner Begrüßung die aktuelle Lage in Deutschland analysierte. Nach den „verschleppten Reformen“

der Ära Merkel und dem „wirtschaftspolitischen Blindflug“ der vergangenen Jahre gelte es, Vertrauen aufzubauen – in Deutschland, die Wirtschaft und die Demokratie.

Dafür sei es wichtig, dass sich die Politik an der Wirklichkeit orientiere, forderte von Schlenk. Der Klimawandel dürfe nicht zu einer „nationalen Selbstbeschädigung“ führen, sagte er. So hätte man die Atomkraftwerke nicht abschalten dürfen, bis die erneuerbaren Energien und Stromtrassen ausgebaut seien.

Entscheidungen sollen auf Fakten basieren

An die Zuhörer appellierte von Schlenk, nicht aufzugeben oder Protestparteien zu wählen, sondern sich einzubringen und mit dafür Sorge zu tragen, „dass Entscheidungen auf Fakten basieren“. Denn dann würden

„Unternehmer wieder investieren und Mitarbeiter wieder Häuser bauen“. Daran knüpfte Landrat Ben Schwarz (SPD) an. Wichtig sei eine politische Aufbruchsstimmung. Er habe kürzlich beim deutschen Sparkassentag den neuen Kanzleramtsminister Thorsten Frei (CDU) und den für Digitalisierung und Staatsmodernisierung zuständigen Karsten Wildberger (parteilos) erlebt und sei zuversichtlich, dass sich in Sachen Bürokratieabbau etwa bewege, so Schwarz.

Was die Wirtschaft bremst und was sich konkret ändern muss, darum ging es im Anschluss in einer Podiumsdiskussion. Thomas Krüger, Geschäftsführer der Rother Firma Speck-Pumpen, schilderte, wie er wegen der US-Zölle für jedes seiner Produkte auflisten musste, wie viel Prozent Aluminium und Stahl es beinhalte, um dann kurz darauf zu erfahren, dass das für

ihn doch nicht relevant sei. Ein anderes Beispiel: Beim Import von Rohstoffen müssten Mitarbeiter zahlreiche Tabellen zu Herkunft und CO₂-Fußabdruck ausfüllen, das koste Zeit, in der sie auch „wertschöpfend arbeiten könnten“.

Wunsch: Ein zentraler Ansprechpartner

Thomas Förster, Vizepräsident des Hotel- und Gaststättenverbands Dehoga in Bayern, sprach das Thema Baugenehmigung an und wünschte sich für Unternehmen einen zentralen Ansprechpartner statt vieler Stellen, die Unterlagen forderten. Anhand des Baurechts schilderte der Landrat ein Dilemma: Er wünsche sich mehr Ermessensspielraum für die unterste Verwaltungsebenen, die Kreise und Kommunen, andererseits hätten die Mitarbeiter in den Behör-

den oftmals gern konkrete Anweisungen und Rahmenrichtlinien, an die sie sich halten können. „Wir müssen in der Verwaltung wegkommen von der Suche nach Fehlern und hin zur Suche nach Lösungen“, so Schwarz. Wer als Beamter pragmatische Lösungen finde, der sollte seiner Ansicht nach befördert werden.

Eine Lanze für die Verwaltung brach Abenbergs Bürgermeisterin Susanne König: „Wir haben tolle Mitarbeiter, die Sachen nicht weiterschieben, sondern nachhaltig lösen – wenn man ihnen die Zeit gibt.“

Zum Bürokratieabbau beitragen könnte laut Förster ein „Praxis-Check“ für neue Vorschriften. Wichtig sei, dass Unternehmer konkrete Vorschläge machen. Diese könne die IHK dann zusammenfassen und die verantwortlichen Politiker damit konfrontieren. **HK**